

Der klerikal-militaristische Numerus clausus

„Wenn ich das Wort Kultur höre, entsichere ich den Revolver“. Diesen, die Barbarei des Faschismus auf seine Art charakterisierenden Ausspruch hinterließ ein Kadaver des SA-Mannes Schröder. Man glaubt heute nicht nur in den westdeutschen Hörsälen und Studierstuben, daß der derzeitige Bonner Innenminister, der die einzige Konsequenz für die Erhaltung des Friedens erachtende westdeutsche Partei, die KPD, verhaften ließ und Treibjagden auf Anhänger des Friedens und des menschlichen Fortschritts veranstaltete, nichts Ernstlicheres gegen diese weltberühmte Sentenz einzuwenden hat. Schröder erklärte von höchster Stelle, Westdeutschland leide zu zu vielen Studenten, und um diesem Übel abzuhelfen, „empfehle“ er, eine „schärfere Auslese“. Jeder Vierte solle aus den westdeutschen Hochschulen „herausgeprügelt“ und die Zahl der neu Aufzunehmenden radikal beschränkt werden. Das Bundesinnenministerium behalte sich vor, „geeignete Methoden“ zur Durchsetzung dieses Planes zu entwickeln. Im übrigen diene alles ganz dem Interesse der Wissenschaft. SA-Mann Schröder (1937: „Die deutsche Philosophie gründet sich auf Blut, Boden und Kampf“) im Dienst der Wissenschaft?

Bonn behauptet also, in Westdeutschland herrsche eine Studentenplage und ein Überangebot an wissenschaftlich ausgebildeten Fachleuten, ein „wah-



rer Notstand“. Verhält es sich tatsächlich so? Vergleichen wir: In der DDR studieren von 10.000 Einwohnern 33, in Westdeutschland sind es wenig mehr als die Hälfte davon, nämlich 15. Es verwundert daher nicht, daß immer mehr Zweige der westdeutschen Industrie besorgt fragen, woher sie in den nächsten Jahren erstklassige Spezialisten hernehmen sollen. In allen modernen wissenschaftlichen Disziplinen wie Kernphysik, Weltraumforschung usw. klaffen große Lücken.

Doch Bonn stellt sich taub, es verschließt die Augen selbst vor der Tatsache, daß in der amerikanischen Öffentlichkeit die Stimmen kräftiger werden, die das Zurückbleiben der USA in Wissenschaft und Forschung hinter der Sowjetunion auch in der Vernachlässigung der Volkshochbildung und des wissenschaftlichen Nachwuchses sehen und im Interesse eines besseren Abschneidens im ökonomischen Wettbewerb auf sofortige Hilfsmaßnahmen bestehen. Während die ganze Welt der Förderung von Wissenschaft und Technik die allergrößte Bedeutung beimißt und darin weitverbreitet, ihnen noch günstigere Entwicklungsbedingungen zu schaffen, organisiert Bonn gewaltsam die Senkung des wissenschaftlichen Niveaus. Was mag Bonn dazu veranlassen?

Von den westdeutschen Hochschulen sind die Ungeeigneten „fernhalten“, kommandiert Schröder. Wozu denn unter den Ungeeigneten sein? Die Adenauer-Anhänger, die Söhnen der Industrie- und Bankherren, die Korpsstudenten, das Revanchistenpack? Welch ein Gedanke! „Die Welt“ hat's von allein gefunden: Weg zu „abendländischer Ordnung“ steht, der ist „hochschulwürdig“. Und wer sich den klaren Verstand bewahrt, wer den Antikommunismus, die Adenauer'sche Staatsdoktrin durchschaut, wer gegen die atomare Anfrüfung protestiert und sich gegen die Vorbereitung eines Bürgerkrieges wendet, wer die Existenz der DDR als Realität betrachtet, wer wie die Stuttgarter-Studenten am 4. November den Hitler-Adenauer-General Spödel mittels Stinkbomben am Sprechen hindert? Selbstverständlich, die sind für den klerikal-militaristischen Staat und die Durchsetzung seiner Pläne ungeeignet, ihnen mangelt es an „Hochschulwürde“. So verhält es sich also: Die mit dem Adenauer-Regime Unzufriedenen, die Verständigungsbeherren, die Töchter und Söhne der Arbeiter- und Bauern (ihre Zahl beträgt sowieso nur knapp 5 Prozent aller westdeutschen Studierenden), die sollen raus.

Schröders Absticht ist klar, er will die westdeutschen Hochschulen zu klerikal-militaristischen Hochburgen erniedrigen, jede oppositionelle Regung unterdrücken und unter den Studenten die Furcht züchten, selbst eines Tages ausgebootet zu werden, wenn man sich anders als der „Rheinische Merkur“ zu denken erlaubt. Wer den Bonner Kurs mitläuft, der bleibt, und da augenscheinlich wird, daß die Schär derer an den westdeutschen Hochschulen abnimmt, ist Bonn an einer Erweiterung des westdeutschen Hochschulwesens nicht interessiert — selbst auf die Gefahr hin, im ökonomischen Wettbewerb zurückzubringen.

Diese Haltung läßt interessante Schlüsse zu, erstens: daß der Bonner Staat nun endgültig an einem Punkt angelangt ist, wo ihm jegliche Gedankenfreiheit schwersten Schanden zufügt und an seiner Existenz rührt, und zweitens: daß er sich gezwungen fühlt, selbst auf das dünnste demokratische Mäntelchen zu verzichten und immer diktatorischer gegen die ständig mobilere Volksbewegung vorzugehen.

Natürlich wagt Schröder nicht, seine aller menschlichen Kultur behauptenden Pläne an die große Glocke zu hängen. Wie so oft wird die regierungsferne Presse eingesetzt, die die öffentliche Meinung auf eine falsche Fährte setzen soll. Der Numerus clausus sei

deswegen nützlich, verbreitet sich die in Köln erscheinende „Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung“, weil er das Mittel darstelle, „der Flut all derer Herr zu weichen, die nur ihre Sozialprestige erhöhen möchten“. Und das sei doch nun erwiesen, fallen andere Blätter ein, daß „die Begabtenreserve sehr enge Grenzen“ hat („Die Welt“) und von den jungen Westdeutschen höchstens 200.000 die Fähigkeit besitzen, eine Universität zu besuchen.

So wird der Bildungsdrang der Jugend diffamiert, so wird mit Hilfe der Begabtenreserve versucht, das Bildungsmonopol der herrschenden Klasse zu erhalten. Das schaffende Volk soll die halbgeliebte Masse bleiben, den Profit für die Herren schaffen und wenn das Geschäft klappt, den Kopf hinhalten. Wer deshalb nicht „hochschulwürdig“ ist, der ist „NATO-Kasernenwürdig“, und die kleinen Strauß und Schröder verfügen über die nötigen Erfahrungen, um das Denken abzugewöhnen und das Passieren zu lehren.

Wenn auch der Bonner Staat für die Bildung fast kein Geld ausgibt (mit 4,30 D-Mark je Kopf der westdeutschen Bevölkerung für den gesamten kulturellen Bereich — ausschließlich der Mittel, die Länder und Gemeinden für Schulen ausgeben — rangiert die Westzone hinsichtlich der Kulturaufwendung am Schwanz der europäischen kapitalistischen Länder), für die Verbindung für das Drillen zum NATO-Killer wirft das Adenauer-Regime das Geld milliardenweise aus. Im Jahr je Kopf 277 D-Mark, insgesamt elf Milliarden für die Aufrüstung, fast eine Milliarde für die psychologische Kriegsführung. Es fehlen 10.000 Studienplätze, 22.000 Studienzimmer, eine halbe Milliarde D-Mark für die Grundlagenforschung? Nur 19 Prozent der westdeutschen Studenten erhalten ein Stipendium (einschließlich Industriestipendien)! Alle westdeutschen Studenten können ein Stipendium erhalten, alle fehlenden materiellen Voraussetzungen für ein modernes Hochschulwesen geschaffen werden, wenn die Bonner Regierung in Verantwortung für Frieden und Wohlstand handeln würde. Her mit dem von der Sowjetunion und der DDR vorgeschlagenen Friedensvertrag, und der Abzug der NATO-Truppen aus Westdeutschland würde 178,5 Millionen D-Mark freisetzen. Her mit der allgemeinen und umfassenden Abrüstung, wie sie die Sowjetunion allen Staaten vorschlägt, und die Auflösung der westdeutschen Armee, und der Rüstungs-



Schröder: „Wozu denn einen Doktorhut, wenn es auch ein Stahlhelm tut!“

stopp würden dem westdeutschen Staatshaushalt in diesem Jahr elf Milliarden D-Mark erhalten.

Aber gerade das versuchen ja die Adenauer, Strauß und Schröder zu hintertreiben, denn das bedeutet das Ende ihrer Revanchepolitik, ihnen geht es um mehr Waffen, Feur Flugzeuge, gefährliche Raketen, für sie ist die Wissenschaft nur solange interessant, wie sie ihre Geldschänke füllt und ihren aggressiven Plänen diene.

In diesen Tagen, da der klerikal-militaristische Staat seine Wirtschaftsfeindlichkeit für jedermann sichtbar unter Beweis stellt, da er den wissenschaftlich interessierten jungen Leuten die Universitätsidee vor der Nase zuschlägt und sie in die NATO-Kasernen pressen will, dürfte manchem westdeutschen Geisteshaffenden klarwerden, welcher Staat in Deutschland Anspruch erheben darf, der einzig rechtmäßige demokratische und humanistische Staat zu sein. In unserer Republik gibt es keinen „Numerus clausus“, kein „Stiefkind Wissenschaft“. Die gewaltigen Aufgaben des Siebenjahresplanes verlangen, daß die jährliche Zulassung von Direktstudierenden auf 20.000 gegenüber 13.000 im vergangenen Jahr ansteigt. Für das Fern- und Abendstudium werden jährlich 11.000 Studenten gegenüber 3100 im Jahre 1958 immatrikuliert, 25.000 neue Hörsaal- und Fachschulklasseplätze und 27.500 Internatplätze sollen entstehen. Der ganzen Wissenschaft eröffnen sich bezügelnde Perspektiven, sie wird mitteilen, unserem Volk ein Leben in Wohlstand, Glück und Frieden zu sichern.

Diese Perspektive übt immer stärkeren Einfluß auf die westdeutsche Intelligenz aus. Das bestätigt auch erschreckend und vorwurfsvoll die „Hannoversche Presse“ vom 6. November. Sie berichtet u. a., „daß da und dort westdeutsche Abiturienten schon klassenweise mit dem Gedanken spielen, in der DDR studieren zu wollen, weil sie drüben Ausbildungsmöglichkeiten vermuten, die die Bundesrepublik ihnen nicht mehr garantieren kann“.

Es wird sich überall die Erkenntnis durchsetzen, daß die Wissenschaft nur in einem friedliebenden Staat gedeihen kann, in dem die Macht dem Volk gehört und von ihnen ausgeübt wird; daß Militarismus und Wissenschaft unvereinbar sind und daher der Militarismus, der Todfeind des deutschen Volkes, in Fesseln geschlagen werden muß.

Karlheinz Niemeyer

Rekonstruktionskonferenz der Wifa

Sozialistische Rekonstruktion — die wichtigste konkrete Form der Steigerung der Arbeitsproduktivität

Die Wirtschafts-wissenschaftliche Fakultät veranstaltet vom 1. bis 3. Dezember 1959 ein „Konferenz über Fragen der sozialistischen Rekonstruktion der Industrie der DDR“. Die Einladungen haben einen lebhaften Widerhall gefunden, so daß nicht nur zahlreiche Wissenschaftler und Praktiker aus Betrieben und Vereinigungen Volkseigener Betriebe, sondern auch Vertreter von Partei und Staatsapparat sowie namhafte Ökonomen aus befreundeten sozialistischen Ländern teilnehmen werden. Durch ihre umfassende aktuelle Thematik soll die Konferenz zugleich ein würdiger Beitrag unserer Wirtschaftswissenschaftler zu Ehren der 550-Jahr-Feier der Karl-Marx-Universität sein.

Die Erfüllung der Ziele unseres Siebenjahresplanes und die Lösung der vom V. Parteitag der SED beschlossenen ökonomischen Hauptaufgabe erfordern eine maximale Steigerung der Arbeitsproduktivität, weil das vorgesehene Wachstum unserer Industrieproduktion im wesentlichen ohne zusätzliche Arbeitskräfte erbracht werden muß. Darin liegt der Hauptinhalt unserer sozialistischen Rekonstruktion. Sie ist gegenwärtig die wichtigste konkrete Form der Steigerung der Arbeitsproduktivität.

Durch die Rekonstruktionsmaß-

nahmen werden im einzelnen die Mittel und Wege zur Erfüllung der Ziele des Siebenjahresplanes festgelegt. Diese Perspektivaufgaben bestimmen damit den Umfang und die Problematik der sozialistischen Rekonstruktion in der gegenwärtigen Etappe. Daraus ergibt sich der komplexe Charakter der Rekonstruktion. Sie muß als Ausdruck der Einheit von Politik, Ökonomie und Technik mit der Entwicklung der materiell-technischen Basis des Sozialismus zugleich die gesellschaftliche und ideologische Entwicklung entscheidend fördern und damit zur allseitigen Festigung unserer sozialistischen Produktionsverhältnisse führen. Die Erfolge der sozialistischen Rekonstruktion werden daher nicht nur die Volkswirtschaft der DDR bedeutend stärken. Sie werden im Rahmen der Bemühungen des gesamten sozialistischen Lagers zum umfassenden Sieg des Sozialismus und zur Lösung der nationalen Frage in Deutschland wesentlich beitragen.

Unsere Aufgabe ist daher nicht nur die endgültige Überwindung der Disproportionen, der Zersplitterung der Produktion und anderer Ueberreste aus der kapitalistischen Produktionsweise oder die Überwindung einzelner — nichtantagonistischer — Widersprüche, die im Laufe der vergangenen Jahre entstanden sind. Die Rekonstruktion muß vielmehr auf die volle Ausnutzung aller Vorzüge der sozialistischen Produktionsweise gerichtet sein.

Vor allem gilt es, die in den vergangenen Jahren millionenfach bewiesene bewährte, schöpferische Mitarbeit aller Werktätigen unter Füh-

rung der Partei der Arbeiterklasse in vollem Umfang zu nutzen. Diese Mitarbeit zeigt sich jetzt in einer neuen, höheren Form, die sich gesetzmäßig aus der Entwicklung echter sozialistischer Beziehungen zwischen den Menschen in und außerhalb der Produktion ergibt. In der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit, die damit zur Hauptmethode bei der Durchführung der sozialistischen Rekonstruktion wird.

Die Konferenz der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät hat die Aufgabe, wesentliche Erfahrungen bei der Planung und bisherigen Durchführung der sozialistischen Rekonstruktion der Industrie der DDR auszuwerten und theoretisch zu verallgemeinern. Das Hauptreferat des Dekans der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät, Genossen Prof. Dr. Johannes Schmidt, behandelt „Die grundsätzliche Bedeutung und die Hauptprobleme der sozialistischen Rekonstruktion der Industrie der Deutschen Demokratischen Republik“. Zur Bewältigung der umfangreichen Problematik werden weitere Beratungen in Arbeitskreisen durchgeführt, so u. a.:

Arbeitskreis I: „Bedeutung und Aufgaben der weiteren Entwicklung der Standardisierung, Konzentration, Spezialisierung und Kooperation der Industrie der Deutschen Demokratischen Republik“

Leiter: Genosse Prof. Dr. G. Richter

Arbeitskreis II: „Die ökonomischen Probleme der Einführung der neuen Technik, Technologie und Betriebsorganisation“

Leiter: Genosse Prof. Dr. J. Schmidt

Arbeitskreis V: „Rekonstruktionsprobleme im Bereich der Verwaltungsarbeit sozialistischer Industriebetriebe“

Leiter: Genosse Prof. Dr. W. Kresse

Mit der Vorbereitung und Durchführung dieser Konferenz wird die Arbeit, die von Fakultätsangehörigen in diesem Jahre in der Praxis geleistet wurde, organisch mit der wissenschaftlichen Arbeit der gesamten Fakultät verbunden. Kritisches geführt durch die Parteiorganisation an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät entwickeln sich zugleich neue Formen der kollektiven wissenschaftlichen Arbeit. Es kommt darauf an, durch Gemeinschaftsarbeit in den Instituten und auf der Ebene der gesamten Fakultät sowie in enger Verbindung mit der Wirtschaftspraxis wissenschaftliche Ergebnisse zu erzielen, die die weitere Durchführung der sozialistischen Rekonstruktion fördern. Sie tragen damit zum maximalen Zeitgewinn bei der Lösung unserer ökonomischen Hauptaufgabe und im internationalen wirtschaftlichen Wettbewerb mit dem Kapitalismus bei.

Dozent Dr. Fritz Landgraf

* Hauptprobleme des Siebenjahresplanes (Leitartikel), ND v. 23. 9. 59



Die Heimat des Dichters

Im VEB Fernmeldewerk Leipzig fand eine Schiller-Feier statt, die Studenten der Fakultät für Journalistik gestalteten. Von der Hochschule für Musik spielte Almut Schmidt zwei Klavierstücke von Chopin, Frau Prof. Dr. Hedwig Voigt sprach über das Thema „Schiller im Herzen der Arbeiterklasse“. Die Rezitationen (u. a. die Ringszene aus den „Räubern“, die Dreibundszene aus dem „Tell“, die Kammerdionerszene aus „Kabale und Liebe“ und Auszüge aus seinen theoretischen Arbeiten) waren gut zusammengestellt, hätten aber an verschiedenen Stellen noch angefeilert sein können. ... Solch ein Bericht macht uns nicht klüger und nicht dümmer.

Nach der Feier sprach ich mit Kollegen Peterohn, einem Arbeiter des Betriebes. „Als der Student von euch die „Bürgschaft“ vortrug“, so sagte er unglücklich, „erinnerte ich mich daran, wie ich damals in der Schule diese Ballade von Schiller lernen mußte. Heute habe ich viel Neues von Schiller gehört — das war ein mutiger Mensch! — und eigentlich habe ich erst heute begriffen, wie sehr er zu uns gehört.“

Zwei Mädchen von der Brigade „Völkerfreundschaft“ unterhielten sich. „Ich weiß noch nicht viel von Schiller“, meinte Gisela Engelhardt und war beinahe traurig darüber. „Ich habe ein Buch von Schiller zu Hause, das bring ich dir morgen mit!“ sagte da Marion Kretzschmar und freute sich.

„Die Pianistin, die Studentin der Hochschule für Musik, saß den ganzen Abend still auf ihrem Stuhl, sie lächelte kaum, sagte fast nichts. Zweimal setzte sie sich an den Flügel und spielte von Chopin „Prälude“ und die „Revolutions-étude“.“

Als ihr hinterher gesagt wurde: „Die Musik war sehr schön. Und hat es Ihnen auch bei uns gefallen? Spielen Sie gern vor Arbeitern?“ da strahlte sie über ihr ganzes hübsches Gesicht: „Ja.“ Und leise fügte sie noch hinzu: „Ach, ich hatte ja so ein Lampenfeuer.“

Ausführliche Berichte sind ein andermal gut und schön, hier waren solche Worte wichtig — sie machen uns klüger! Wo ein Arbeiter sein Herz öffnet, findet auch der größte Dichter seine schönste Heimat.

Gert Ulrich

Zur Vorbereitung der FDJ-Wahlen:

Wie können die Physiker den Tempoverlust aufholen?

Im Mittelpunkt der jetzt beginnenden FDJ-Gruppenwahlen stehen der Kampf jeder Gruppe und das Programm der Grundeinheit zur Erhöhung der Studienleistungen. Die FDJ-Leitungen der Chemiker, Germanisten u. a. Grundeinheiten haben dafür gut vorgesorgt, indem sie bereits vor Wochen mit dem Entwurf ihrer Programme alle Freunde auf die Lösung der wichtigsten Aufgaben orientierten. Leider sieht es nicht überall an unserer Universität so aus. Bei den Physikern lag der erste Entwurf des Programms wenige Tage vor den Gruppenwahlen noch nicht vor. Sie sind dadurch in argen Zeitverlust geraten. Um die Ursachen dafür zu erfahren, sprachen wir mit Freunden des Instituts und nahmen an einer FDJ-Leitungssitzung teil.

Die FDJ-Leitung der Physiker ging zwar allgemein vom Siebenjahresplan unserer Republik, aber ungenügend von den konkreten Anforderungen aus, die die sozialistische Industrie und die sozialistische Schule an die Absolventen des Physikalischen Instituts stellen. Sie beschäftigte sich nicht mit den Problemen des Perspektivplanes des Instituts und der Perspektive der Physik. Das ist jedoch notwendig, um das Programm zur Erhöhung der Studienleistungen zu einem wirklichen Instrument zur Erfüllung des Studienplanes werden zu lassen.

Die Praxis des sozialistischen Aufbaus verlangt, daß die Absolventen sozialistische Fachleute sind. Zugleich beweist sie täglich aufs neue den untrennbaren Zusammenhang zwischen Sozialismus und Wissenschaft, zwischen gesellschaftlicher und fachlicher Arbeit. Theoretisch war das auch den Freunden der FDJ-Leitung der Physiker klar, zumindest nahmen sie dies an, aber bei der Ausarbeitung ihres Programmentwurfes untersuchten sie getrennt voneinander die fachliche und die ideo-

logische Arbeit der Studenten und versuchten wiederum getrennt, die Aufgaben auf fachlichem und ideologischem Gebiet herauszuarbeiten. Eine solche Methode bedeutet objektiv eine Trennung von Wissenschaft und Politik und führt zu einem Irrweg in der Arbeit in der letzten Leitungssitzung haben die Freunde begonnen, diesen Fehler zu korrigieren.

Die bisherigen Erfahrungen am Physikalischen Institut und an anderen Instituten beweisen, daß die Wissenschaftler die Orientierung der FDJ auf bessere Studienergebnisse nicht nur begrüßen, sondern viele wertvolle Anregungen beispielsweise für die Arbeit der Studiengruppen geben. Die enge Zusammenarbeit mit den Angehörigen des Lehrkörpers und den Assistenten ist deshalb von eminenter Wichtigkeit. Durch das zögernde Herangehen an diese Aufgabe verlieren wir nicht nur Zeit, sondern schmälern auch die Wirksamkeit der Programme der FDJ-Grundeinheiten zur Erhöhung der Studienleistungen.

Der Erfolg der gesamten FDJ-Arbeit hängt wesentlich davon ab, in welchem Maße alle Mitglieder des Verbandes zur Arbeit herangezogen werden. Gerade die FDJ-Wahlen und die Ausarbeitung der Programme müssen dazu benutzt werden. Diese großen Möglichkeiten ließen die Physiker bisher unbeachtet. Statt die allseitige Analyse in den einzelnen Studienjahren mit allen Freunden durchzuführen, beschäftigt sich damit nur je ein Leitungsmitglied. Dadurch konnte es passieren, daß die FDJ-Leitung die Situation im 4. und 5. Studienjahr nicht einschätzen konnte, weil eine Freundin ihren Auftrag, die ideologische Arbeit in beiden Studienjahren zu analysieren, nicht durchgeführt hatte. Es liegt auf der Hand, daß durch das Heranziehen recht vieler Freunde solche Fannen

in Zukunft vermieden und zugleich bessere Einschätzungen erreicht werden können.

Auf einen weiteren Mangel sei noch hingewiesen: Die Erfahrungen anderer Grundeinheiten wurden nicht bzw. ungenügend ausgewertet. Die Programme der Chemiker und Germanisten, in der UZ veröffentlicht, sind gewiß keine allgemeingültigen Rezepte, aber sie enthalten doch viele Hinweise für alle Grundeinheiten. Aber erst in der vergangenen Woche ist an der Wandzeitung der Physiker ein Artikel über das Programm der Chemiker erschienen. Wäre es nicht richtiger gewesen, schon eher das Programm oder Auszüge daraus an der Wandzeitung anzubringen und gleichzeitig Probleme, beispielsweise der Vorbereitung der Physikstudenten auf ihre spätere verantwortungsvolle Tätigkeit in der sozialistischen Industrie, zu erörtern und in den Gruppen darüber zu diskutieren? Besonders sollten die Physiker dabei die Erfahrungen in der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit der Studenten nutzen und in ihrem Programm auf die Bildung solcher Kollektive orientieren.

Walter Sandring

Worauf es bei den FDJ-Wahlen ankommt

(Fortsetzung von Seite 1)

Hilfe durch die Genossen der Parteileitungen notwendig. Ergebnis der Diskussionen in den Wahlversammlungen muß sein, jedes FDJ-Mitglied einen persönlichen Kampf besitzt, in dem die Erreichung hoher Studienergebnisse konkret festgelegt ist, aus dem aber auch hervorgeht, wie sich jedes Mitglied unseres Jugendverbandes zu einem bewußten Sozialisten entwickeln will.

Universitätszeitung, 30. 11. 1959, S. 2